

Potsdams] *andere* [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Oktober 2016

Nr. 10 · 12. Jahrgang

„We are united – Potsdam bleibt bunt!“

Vom 9. Potsdamer Fest für Toleranz auf dem Babelsberger Weberplatz berichtet

Am 17. September 2016 fand auf dem Weberplatz in Babelsberg das 9. Potsdamer Fest für Toleranz statt. Ab 13.00 Uhr hatten das Bündnis „Potsdam! bekennt Farbe“ und die Landeshauptstadt Potsdam gemeinsam mit zahlreichen Beteiligten vor allem aus Babelsberg unter dem Motto „We are united - Potsdam bleibt bunt!“ zu einem abwechslungsreichen Fest eingeladen.

DIE LINKE.Potsdam erklärte dazu: „Wir wollen eine weltoffene Gesellschaft, in der die Unterschiede nicht zur Diskriminierung führen, sondern kulturell bereichern. Dieses für die Entwicklung unserer Stadt so wichtige Ziel ist noch nicht überall gelebte Realität. Rechtes Gedankengut, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind Angriffe auf die Demokratie. Dagegen anzukämpfen bedeutet zuallererst, nicht wegzuschauen, präsent zu sein und damit zu verdeutlichen, dass die Mehrheit für Menschenrechte und Toleranz steht.“

Wir müssen gegen Fremdenfeindlichkeit klare Positionen beziehen und uns ge-



Spontan tanzten Flüchtlinge und Babelsberger zu heißen Rhythmen

meinsam dafür stark machen, dass Ausgrenzung und Gewalt in Potsdam, Brandenburg und in Deutschland nicht länger geduldet werden. Mit dem 9. Potsdamer

Fest für Toleranz am 17. September konnten die Potsdamer und ihre Gäste ein wichtiges Zeichen setzen und andere ermutigen.“

(Mehr: Seite 7)

Bündnis „CETA & TTIP stoppen!“ fordert Klartext von SPD und Grünen



DIE LINKE mobilisiert zusammen mit sozialen Bewegungen, Kirchen und Gewerkschaften gegen TTIP und CETA

Mit sieben gleichzeitigen Großdemonstrationen hat ein breites gesellschaftliches Bündnis aus mehr als 30 Trägerorganisationen - darunter Gewerkschaften, Globalisierungskritiker, Wohlfahrts-, Sozial- und Umweltverbände - den Protest gegen die umstrittenen Handelsabkommen CETA und TTIP am 17. September kurz vor dem SPD-Parteikonvent zu CETA und dem entscheidenden Treffen des EU-Handelsministerrats zum Ausdruck gebracht. Das Bündnis forderte den sofortigen Stopp der Verhandlungen über TTIP und die Aussetzung der Ratifizierung von CETA. Dazu erklärte Bernd Rixinger, Vorsitzender der Partei DIE LINKE:

„Ich begrüße, dass ein breites gesellschaftliches Bündnis den Protest gegen die umstrittenen Handelsabkommen CETA und TTIP am 17. September auf die Straße gebracht hat und von SPD und Grünen ein klares Bekenntnis einfordert. DIE LINKE unterstützt das Bündnis.“

Die SPD - und vor allem die Parteibasis - scheint bereits viel weiter und deutlich konsequenter als ihr Vorsitzender Sigmar Gabriel zu sein. Es wäre an der Zeit, dass er nicht nur Wirtschaftsminister, sondern auch SPD-Parteivorsitzender ist. Gabriel sollte eine klare Linie gegen CETA und TTIP vertreten. Denn es ist unglaublich TTIP zu kritisieren, aber CETA zu befürworten. Beide Abkommen weisen zum Teil dieselben Probleme auf, beispielsweise beim Investorenschutz oder der Gerichtsbarkeit.

(Fortsetzung auf Seite 2)

In dieser Ausgabe

KK

Kalenderblätter

2 Stocksauer über „Enkeltrick“/Der Monat Oktober im Rückblick

LINKS im Parlament

3 Im Gespräch: _ Norbert Müller, (MdB.DIE LINKE) und Kandidat für den Wahlkreis 61 zur Bundestagswahl 2017/Kurz betrachtet: Nach den Wahlen in Meck-Pomm und Berlin

LINKS im Rathaus

4 Kompromissvorschlag durchgesetzt/LINKE unterstützt Elterninitiative

LINKS in unserer Stadt

5 Whistleblower besser schützen/Potsdamer Ehrenamtspreise/Politik braucht Frauen/Ost-West-Renten im Blick/Ein Hexenbesen für mutige Frauen/Nachlese: 9. Toleranzfest



SERVICE

8 Peter Weiss – inmitten meiner Bilder“ und „Fokus Sammlung Potsdam in der der Grafik von 1945 – 2000“ im Potsdam-Museum/Neu auf dem Büchermarkt: „Gedenktafeln in Potsdam“/Termine/Rätsel

Informationen der Redaktion

Die Novemberausgabe von „Potsdams andere Seiten“ erscheint am 01. November 2016. Redaktionsschluss ist am 14. Oktober 2016.

Die Redaktion

(Fortsetzung von Seite 1)

...fordert Klartext von SPD und Grünen

Die Gewerkschaften haben sich nach anfänglichem Zögern dem breiten Bündnis gegen TTIP und CETA angeschlossen, weil sie die möglichen Folgen für die Beschäftigten kritisieren. Gabriel stellt sich mit seiner Haltung nicht nur gegen seine Partei, sondern auch gegen die Gewerkschaften und das breite Bündnis und damit auch gegen die eigene Wählerschaft. Er muss den überfälligen Kurswechsel vornehmen, das wäre ein Schritt in Richtung eines künftigen Politikwechsels.

Die Kritik der Grünen an den Handelsabkommen wird unglaublich, wenn man den Blick nach Baden-Württemberg, Hessen und Hamburg richtet. Deren Regierungen mit grüner Beteiligung halten sich eine Zustimmung im Bundesrat offen.

DIE LINKE ist in ihrer ablehnenden Haltung zu CETA und TTIP hingegen klar und eindeutig. Für uns zählen soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Umwelt- und Verbraucherschutz mehr als die Profitinteressen der Konzerne. DIE LINKE ist im Bundestag und im Bundesrat bereit, TTIP und CETA ein für alle Mal zu begraben.

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“

Die Linke Monatszeitung für die Landeshauptstadt.

HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Sascha Krämer**, Vorsitzender. Dorstr. 53, 14467 Potsdam.

REDAKTION: Medienpunkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); **Rainer Dyk**, Redakteur; **H. Jo. Eggstein**, Layout; **Renate Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;

ANZEIGEN: Sekretariat.

BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00

„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.

DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

STOCKSAUER: Mit Enkeltrick 30.000 Euro ergaunert

Eine gute Bekannte aus Potsdam – nennen wir sie Hilde – rief mich an und fragte, warum das an einem Freitag von ihr erhaltene Geld wie versprochen noch nicht wieder auf ihrem Konto ist. Ich teilte ihr mit, dass ich von ihr kein Geld bekommen habe. Sie erzählte mir dann folgende Geschichte: Hilde erhielt an dem bewussten Freitag gegen 10 Uhr einen Anruf. An der Stimme hat sie mich vermutet und sich erzählen lassen, dass ich beim Anwalt zur Unterzeichnung eines Vertrages säße und eine größere Summe benötige. Auf die Nachfrage von Hilde, wie viel das sei, sagte die Person: Möglichst eine größere Summe. Was Hilde denn geben könne? Daraufhin überlegte sie kurz und sagte 30.000 Euro. Hilde wurde gebeten, mit keinem über diese Sache zu sprechen. Im Abstand von

wenigen Minuten kamen immer wieder Anrufe der Person, die entweder anfragte, wie das mit dem Geld ist bzw. auch Hinweise für eine mögliche Übergabe gab. Kurze Zeit später erhielt Hilde sogar einen Anruf von einem „Betrugsdezernenten“, der sich „Herr Ludwig“ nannte und ihr sagte: „Sie wollen so viel Geld abheben, sind Sie sicher, dass die Person auch vertrauenswürdig ist? Ich lasse diese durch die Polizei überprüfen.“ Da Hilde mich hinter der „vertrauenswürdigen Person“ vermutete, sagte sie das auch „Herr Ludwig“.

Das Geld holte Hilde dann nach der Mittagspause in der Bank ab. Zu Hause bekam sie auch alsbald einen Anruf und ihr wurde mitgeteilt, dass ich (also die Person, die Hilde hinter der Stimme vermutete) mit

dem Anwalt noch zu tun habe und den Buchhalter vorbeischieken werde, der das Geld entgegen nimmt. Es dauerte auch nicht lange, da klingelte wiederum das Telefon bei Hilde und ihr wurde mitgeteilt, sie könne ja schon vor das Haus kommen zur Übergabe des Geldes. Unwissend tat Hilde auch das und empfing einen jungen, sportlich aussehenden Mann (etwa 30 Jahre) mit schwarzen Haaren und ohne Akzent sprechend vor der Tür. So übergab sie dann den Umschlag, den sie von der Bankangestellten erhalten hatte, an den ihr unbekanntes „Herr Kowalski“...

Die Moral von der Geschichte: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist immer besser und erleichtert ältere Menschen (vielleicht) nicht in einer solch schäbigen Art von ihrem Ersparten. *-rf, Teltow*

Kalenderblätter Oktober

1906

Eine einzigartige „Köpenickiade“

Wilhelm Voigt erwirbt am 8. Oktober in Potsdam im Geschäft von Berthold Remlinger, Mittelstraße 3, einen Offiziersintentsrock des 1. Garde-Regiments zu Fuß und einen Offiziersmantel. Eine einzigartige Köpenickiade nimmt ihren Lauf.

1981

Fontanepreis vergeben

Im Eduard-Claudius-Club wird am 6. Oktober der Fontane-Preis des Bezirkes Potsdam für das Jahr 1981 vergeben. Der Preis geht an Peter Kirchner, künstlerischer Leiter des Standortmusikkorps des Ministeriums des Innern; Klaus Ahrens, 1. Trompeter des Standortmusikkorps des Ministeriums des Innern; Roland Oehme, DEFA-Spielfilmregisseur; Anne-Else Paetzold, Schauspielerin am Hans-Otto-Theater; Manfred Rößler, Kunsthandwerker und an ein Kollektiv des Fanfarenzuges „Dr. Richard Sorge“.

2011

2011 – Potsdamer Spanienkämpfer gewürdigt

Der 75. Jahrestag der Aufstellung der Interbrigaden ist Anlass, am 9. Oktober eine neue Erinnerungsplakette am Gedenkstein für die Spanienkämpfer am Treffpunkt Frei-



Spanischer Bürgerkrieg
1936 | 2016 Internationaler Antifaschismus

1946

Verurteilung aller Kriegsverbrecher gefordert

In einer Rundfunkansprache des Landesender Brandenburg am 2. Oktober bringt der 1. Vorsitzende des Provinzialvorstandes Brandenburg des FDGB, Franz Moericke, die Empörung der Gewerkschafter über die niedrigen Strafen bzw. Freisprüche im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess zum Ausdruck. Er stützt sich auch auf eine Resolution der Werktätigen der Fa. Orenstein & Koppel; in der heißt es: „Wir fordern Verurteilung aller Kriegsverbrecher [...] Wir werden nicht eher ruhen, als bis alle Kriegsverbrechen gesühnt und Ruhe und Frieden in Deutschland gesichert sind.“ -rt

1991

Gedenkkultur mit

Unterbrechung

Am 21. Oktober beschließt die Stadtverordnetenversammlung beschließt das Anbringen einer Gedenktafel für die Opfer der Euthanasie – am Gebäude Heinrich-Mann-Allee 103. Erst am 27. 01. 1996 wird sie enthüllt.

zeit anzubringen. Die Tafel war nach der Wende verschwunden. Der Vorsitzende der Potsdamer Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) - Marcus Pilarski, enthüllt sie. Damit wird an ehemalige Potsdamer Spanienkämpfer erinnert: Anton Fischer, Walter Junker, Paul Kühne, Kurt Laube, Otto Lehmann, Hermann Leipold, Adolf Lemke, Antonia Stemmler, Joachim Torres-Bofill, Kurt Vogel und Max Wozniak (nach 1945 zogen noch nach Potsdam die Schriftsteller und Spanienkämpfer Eduard Claudius und Hans Marchwitza).

Zwischen „Job“ und Zeit für Familie

Im Gespräch: Norbert Müller, Potsdamer Bundestagsabgeordneter der Partei DIE LINKE und für 2017 Kandidat im Wahlkreis 61

Norbert Müller ist seit November 2014 Potsdamer Bundestagsabgeordneter der LINKEN. Er ist verantwortlich für Potsdam und Brandenburg an der Havel, Potsdam-Mittelmark, das West-Havelland und Teltow-Fläming. Neben seiner Funktion als Kinder- und Jugendpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE sitzt Norbert im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und ist seit 2015 Vorsitzender der Kinderkommission (Kiko) des Deutschen Bundestages. Norbert Müller ist 30 Jahre alt, wohnt in Fahrland, ist verheiratet und Vater von zwei kleinen Jungs.

Welche Erfahrungen hast du in den fast zwei Jahren in Bundestag gemacht?

Ich blicke auf zwei spannende Jahre als Abgeordneter zurück. Besonders meine Rolle als Mitglied und mittlerweile Vorsitzender der Kinderkommission bereitet mir viel Freude. Denn im Gegensatz zu anderen Gremien findet dort echte politische Auseinandersetzung mit Argumenten statt, sodass es uns auch aus der Oppositionsrolle heraus möglich war, Problemlagen einzubringen. Der Kollege von der CDU und die Kollegin von der SPD mussten mehrere Wochen über die Militarisierung von Kindern und Jugendlichen diskutieren, was wirklich spannend und aufschlussreich war. Das mündet dann in Beschlüssen, die von allen Mitgliedern der Kiko getragen wurden - bei uns gilt das Konsensprinzip.

Genauso spannend finde ich die Tätigkeiten, die ich als Abgeordneter außerhalb des Parlaments ausübe. Ich erinnere an die erfolgreichen antifaschistischen Proteste gegen die mittlerweile gescheiterte Pogida-Bewegung.

Wie sieht so ein klassischer Tag im Leben eines Abgeordneten aus?

Einen typischer Tagesablauf ist schwer auszumachen. In Sitzungswochen gibt es feste Termine des parlamentarischen Betriebes. Das sind die Arbeitskreis- und Fraktions-sitzungen, die Ausschusssitzungen und die Sitzung der Kinderkommission, sowie die Regierungsbefragung und die Parlamentsdebatte. Hinzu kommen Koordinierungstermine mit FraktionskollegInnen, meinem Büroteam und dem Büro der Kiko - und natürlich die vielen Besuchergruppen. Klassische Termine mit Lobbyisten habe ich eigentlich nicht, für die bin ich als Linker wahrscheinlich zu uninteressant. Aber natürlich sind wir in regem Austausch mit Jugendverbänden, Kinderrechtsorganisationen u.ä.. In sitzungsfreien Wochen findet kein parlamentarischer Betrieb statt, da verlagert sich die Arbeit eher auf Termine

im Wahlkreis.

Als Potsdamer Abgeordneter hast du es doch eigentlich gut? Dein Weg nach Berlin ist im Vergleich zu den meisten anderen Abgeordneten nicht hunderte Kilometer entfernt.

Sicherlich bilde ich gemeinsam mit anderen Abgeordneten, die ihre Wahlkreise hier in der Region haben, eher die Ausnahme. Das ermöglicht mir kontinuierliche Arbeit in Bundestag und Wahlkreis - ein Luxus, wenn ich die Reises Strapazen vieler meiner KollegInnen betrachte, die ihre Angehörigen nur wenig zu Gesicht bekommen.

Meine dennoch langen Tage kommen aber auch dadurch zustande, dass ich mein Mandat versuche mit Engagement auszufüllen. Mir ist schleierhaft, wie KollegInnen Zeit



Norbert bei der Arbeit

für gutbezahlte Nebentätigkeiten haben. Da scheint bei einigen auf Ihrer Visitenkarte der Platz gar nicht zu reichen vor lauter Nebentätigkeiten.

Die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine wichtige Forderung der LINKEN. Wie ist der Umsetzungsstand in deiner Familie?

Wir teilen uns die Erziehung der Jungs. Meine Frau hat als Lehrerin auch nicht wenig Abendtermine und muss oft früh los. Es ist viel Koordinationsaufwand, aber es geht irgendwie mit der Unterstützung von Babysittern, Freunden und Familie. Zu Abend- oder Wochenendterminen nehmen wir oft die Kids mit. Und in Wahlkreiswochen versuche ich auch Tage in der Woche als Ausgleich frei zu halten.

Das klingt alles gut organisiert, aber gibt es auch Situationen, die einem solchen Alltag Probleme bereiten?

Klar. Wenn nach 22 Uhr noch eine namentliche Abstimmung stattfindet, habe ich mit ÖPNV keine Chance mehr nach Hause zu kommen. Dann muss improvisiert werden.



UNSER MANN IM BUNDESTAG
NORBERT MÜLLER DIE LINKE.

Das gilt umgekehrt für frühe Termine in Berlin auch. Oder wenn einer der Jungs erkrankt aus der Kita abgeholt werden muss, dann wird's kompliziert. Diesen Stress haben ja viele Eltern, aber Abgeordneter ist eben auch kein 8-Stunden-Job. Die Tage sind lang und viele freie Wochenenden bleiben im Jahr nicht. Und zugleich hat man immer das Gefühl, mehr schaffen zu müssen.

Welche politischen Schlussfolgerungen leitest Du daraus ab?

Das A und O aller Bemühungen um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein flächendeckendes Angebot von beitragsfreien KiTa-Plätzen. Leider kommt trotz vieler Lippenbekenntnisse der KiTa-Ausbau nach wie vor nur langsam ins Rollen. Potsdam hat seit Jahren immer wieder mit zu wenig Plätzen zu tun. Das ist unhaltbar.

Ein Großteil der Erziehungsarbeit wird nach wie vor von Frauen bewerkstelligt. Betreuungsgeld sollte aber in Beziehungen gleichberechtigt verteilt sein. Das Elterngeld ist hierbei ein guter Ansatz. Aber es schließt arme Familien aus. Bei Eltern, die Hartz IV beziehen, wird es anders als früher das Bildungsgeld angerechnet. Doch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat eben auch mit den Arbeitsverhältnissen zu tun. Das eine ist Zeit für Familie. Auf der anderen Seite muss man von seinem Job aber auch gut leben können. Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohn- und Personalausgleich wäre eine sinnvolle Maßnahme. Und der Mindestlohn muss endlich armuts-sicher werden und auf mindestens 12 Euro steigen.

Der „große“ Sohn, Timon, ist gern an Papas Seite...



Wir müssen angriffslustiger in sozialen Fragen werden

Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern: „Mit dem Ergebnis können wir nicht zufrieden sein. Es zeigt sich, dass die Parteienlandschaft in Bewegung ist. Im Mittelpunkt steht, dass die Menschen kein Zutrauen darin haben, dass sie in Zukunft die bescheidene Sicherheit halten können, ihr Leben planen zu können. Das ist das zentrale Versagen neoliberaler Politik. Zudem betreibt die Bundesregierung seit Monaten das Geschäft der AfD – zuletzt mit einer absurden Sicherheitsdebatte. Wir glauben fest daran, dass wir in den nächsten Monaten zeigen können, dass wir mit solidarischen Lösungen auch in eine bessere Zukunft im Land aufbrechen können. Wir werden Gespräche im Alltag suchen und unsere Verbindungen in der Gesellschaft zu Kräften für Frieden und sozialer Gerechtigkeit stärken. Wir müssen und werden angriffslustiger in sozialen Fragen werden“, so Katja Kipping und Bernd Riexinger bei ihrem Pressestatement am Wahlabend, 04.09.2016.

Wahlen in Berlin: Klaus Lederer, Spitzenkandidat der Berliner LINKEN und die beiden Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger haben im Rahmen der Pressekonferenz im Berliner Karl-Liebknecht-Haus eine positive Bilanz der Berliner Abgeordnetenhauswahl gezogen: DIE LINKE habe ihr Wahlziel erreicht und kräftig zugelegt. Die Wahl habe auch eine bundesweite Signalwirkung. Sie habe gezeigt, dass die Abwahl einer großen Koalition und eine Mehrheit links von der Mitte möglich seien. Zudem ließen sich Wahlen auch mit einer klaren Haltung in der Geflüchtetenpolitik gewinnen. DIE LINKE gehe nun mit einem Wahlerfolg in das wichtige Wahljahr 2017.

Der Wahlkreis für Norbert Müller

Der Wahlkreis Potsdam – Potsdam-Mittelmark II – Teltow-Fläming II (Wahlkreis 61) ist ein Bundestagswahlkreis in Brandenburg. Er umfasst neben der Stadt Potsdam das Gebiet der zum Landkreis Potsdam-Mittelmark gehörigen Gemeinden Kleinmachnow, Michendorf, Nuthetal, Schwielowsee, Stahnsdorf, Teltow und Werder. Außerdem gehören zum Wahlkreis aus dem Landkreis Teltow-Fläming die Gemeinden Großbeeren und Ludwigfelde. Bei der letzten Bundestagswahl 2013 waren 244.809 Einwohner wahlberechtigt.

Mehr Zeit für die Jüngsten – LINKE unterstützt Elterninitiative

Zu Hunderten waren Eltern, Kinder und ErzieherInnen zur September-Sitzung der SVV vor das Potsdamer Rathaus gekommen. Ihre Forderung: Tut jetzt etwas dafür, dass der vom Landes-Kitagesetz vorgesehene Betreuungsschlüssel in den Potsdamer Kitas endlich umgesetzt wird. Aufgrund der in Potsdam überdurchschnittlich hohen täglichen Betreuungszeiten und der Nicht-Einberechnung von Krankheit, Urlaub und Fortbildung zählt Potsdam zu den Regionen im Land, die eine besonders schlechte Relation zwischen Kindern und Erzieher_innen aufweisen. Soll das vom Kitagesetz vorgegebene Verhältnis von 1:5,5 für die 0 - 3-jährigen bzw. 1:12 für die 3 - 6-jährigen Kinder erreicht werden, müssten nach den Ergebnissen der Kita-ZOOM-Studie der Bertelsmann-Stiftung ca. 800.000 Betreuungsstunden in Potsdam jährlich zusätzlich finanziert werden. Um das zu erreichen, hatte die Elterninitiative „Jetzt! Für eine bessere Kita-Betreuung in Potsdam“ mit einer Online-Petition über 8.000 Unterschriften gesammelt und damit für Bewegung in der Kommunalpolitik gesorgt. Erstes Ergebnis des Engagements war ein von der LINKEN initiiertes Antrag im Stadtparlament, der auch von SPD, Grünen und CDU mitgetragen wurde. Durch den Beschluss wird der Oberbürgermeister verpflichtet, den nötigen Mehraufwand zu ermitteln, mit dem Land ins Gespräch zu kommen und Vorschläge zu unterbreiten, wie Potsdam selbst für Besserung sorgen kann.

Sowohl Jakobs als auch der neugewählte Sozialbeigeordnete Mike Schubert machten in Redebeiträgen an die Demonstranten allerdings von vornherein klar, dass sie das Land in der alleinigen Verantwortung sehen und keinerlei zusätzlichen Aufwand für Potsdam planen. Dem widersprach Stefan Wollenberg für DIE LINKE bei der Einbringung des Antrags im Plenum deutlich. Die Verantwortung sei eine gemeinsame von Land und Kommunen. Im Rahmen der Haushaltsverhandlungen 2017, wenn konkrete Zahlen auf dem Tisch liegen, wird sich zeigen, wie ernst es den Stadtverordneten mit der Verbesserung der Betreuungsqualität in Potsdamer Kitas wirklich ist.

Inhalte des Bürgerbegehrens festgeschrieben

In der Juli-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung konnte die Initiative Neue Mitte über 17.000 Unterschriften zum Bürgerbegehren gegen den Ausverkauf der Potsdamer Mitte übergeben. Die Potsdamer LINKEN haben als Unterstützer des Bürgerbegehrens einen großen Teil dieser Unterschriften gesammelt. Bei der Prüfung der Gültigkeit dieser Unterschriften durch den Kreiswahlleiter wurde festgestellt, dass die nach der Kommunalverfassung erforderliche Mindestzahl von 10 Prozent der Unterschriften, aller Wahlberechtigten, mit knapp 11 Prozent überschritten worden ist. Daneben muss der Oberbürgermeister die rechtliche Zulässigkeit des Bürgerbegehrens prüfen. Es war nicht völlig überraschend, dass er sich für den bequemen Weg entschied und in seiner Vorlage an die Stadtverordneten zum Schluss kam, dass zwar die erforderlichen Unterschriften vorgelegen haben, aber das Begehren aus rechtlichen Gründen unzulässig sei. Das führte erwartungsgemäß zu heftigen Diskussionen. Mit der in sechs Punkten begründeten rechtlichen Unzulässigkeit des Bürgerbegehrens stieß der Oberbürger-

meister auch auf den Widerspruch und die Ablehnung der Linksfraktion. Die Vorlage wurde jedoch insbesondere mit den Stimmen von SPD, CDU und Grünen angenommen. Wir unterstützen den von der Initiative angekündigten Gang vor das Verwaltungsgericht zur gerichtlichen Prüfung der rechtlichen Zulässigkeit des Bürgerbegehrens. Zugleich haben wir die Gelegenheit genutzt,



durch unsere Anträge in der zweiten Vorlage des Oberbürgermeisters zur Potsdamer Mitte deutliche Änderungen durchzusetzen, um so viel wie möglich an inhaltlichen Anliegen des Bürgerbegehrens verbindlich festzuschreiben – unabhängig vom letztlichen Ausgang des Bürgerbegehrens.

Was haben wir mit diesem Kompromiss erreicht?

1. Mit der klaren Festlegung, dass die Stadt alle Anstrengungen zum Erwerb des Mercure einstellt, ist der Abriss des Hotels faktisch vom Tisch.

2. Das Grundstück am Staudenhof bleibt dauerhaft im Eigentum der Pro Potsdam. Ein Neubau an dieser Stelle setzt voraus, dass mindestens die gleiche Wohnkapazität, die wirtschaftliche Realisierbarkeit und der wirtschaftliche Vorteil gegenüber einer Sanierung des Bestandsgebäudes nachgewiesen werden.

3. Einer der beiden Blöcke auf dem Fachhochschulgrundstück soll den Wohnungsgenossenschaften vorbehalten sein.

4. Die Möglichkeit der Grundstücksvergabe über Erbbaurechte ist zu prüfen.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Kompromissvorschlag beschlossen

Nachdem die Rathauskooperation in der SVV-Sitzung vom 14. September 2016 das Bürgerbegehren gekippt hatte, erweiterte DIE LINKE den wichtigen Beschlussantrag zur Potsdamer Mitte, um in der Sache einen kompromissfähigen Konsens (siehe oben) herbei zu führen. Der Antrag ist mit den Änderungen/Ergänzungen der LINKEN (rot markiert) beschlossen worden. Wir veröffentlichen den vollen Wortlaut.

Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Ergebnis der Auseinandersetzung mit den Kritikpunkten, Argumenten und Zielen der Diskussion im Zusammenhang mit dem Bürgerbegehren zur Potsdamer Mitte sind folgende Anpassungen des Leitbautenkonzeptes (DS 10/SVV/0412 und DS 16/SVV/0269) sowie des Vorgehens zur Umsetzung des Masterplans Lustgarten (DS 16/SVV/0053) vorzubereiten:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Bedingungen der Grundstücksvergabe dahingehend zu überprüfen, wie bei fester Vorgabe des gutachterlich festgestellten Verkehrswertes die Auswahlentscheidung in einem ausgewogenen Verhältnis von Qualität des Bau- und Nutzungskonzeptes und Beitrag zur Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum ausgestaltet werden kann. Die Höhe des Kaufpreisangebots soll nicht mehr auswahlbestimmend sein. **Das Grundstücksvergabeverfahren soll so konzipiert sein, dass die Vergabe eines der beiden**

Blöcke auf dem FH-Grundstück an eine wohnungsgenossenschaftliche Bietergemeinschaft erlaubt und privilegiert wird. Dafür sind die entsprechenden Rahmenbedingungen, insbesondere der Verzicht auf kleinteilige Vergabe, so zu sichern, dass eine parzellenspezifische Gestaltungswettbewerbssituation aufrechterhalten bleibt.

Der Stadtverordnetenversammlung ist bis Ende 2016 ein entsprechender Vorschlag zur Entscheidung vorzulegen.

2. Es ist zu prüfen, ob die Grundstücke für die Blöcke III und IV nicht durch Verkauf, sondern durch Erbbaurechte veräußert werden können.

3. Das Grundstück Am Alten Markt 10/Am Kanal 48/49 verbleibt dauerhaft im Eigentum der Pro Potsdam und wird um die für die Realisierung des Blocks V der Potsdamer Mitte notwendigen Grundstücksflächen arrondiert. **Nur wenn der Nachweis der wirtschaftlichen Realisierbarkeit und des wirtschaftlichen Vorteils gegenüber einer Sanierung geführt worden ist, ist nach dem Abbruch des Bestandsgebäudes (DS 12/SVV/0386) die Neubebauung nach Maßgabe des Leitbautenkonzeptes durch die Pro Potsdam GmbH unter Ausschöpfung der Wohnungsbauförderung des Landes Brandenburg zu realisieren. Dabei soll mindestens die gleiche Wohnkapazität wie bisher entstehen und durch Belegungsbindungen unter sozialen Gesichtspunkten**

leichter zugänglich gemacht werden. Soweit die Festlegungen in den Ziffern 2. und 4. des Beschlusses 12/SVV/0386 dieser Verfahrensweise entgegenstehen, werden sie aufgehoben.

4. Nach gegenwärtigem Erkenntnisstand aus Bedarfen in der Potsdamer Mitte notwendige Infrastruktureinrichtungen, deren Betrieb gesichert refinanziert ist, sind auf eine Einpassung in die Blöcke IV und V hin zu untersuchen. Dies gilt insbesondere für eine Kindertageseinrichtung.

5. Die Landeshauptstadt Potsdam stellt alle Bemühungen zum Erwerb des Mercure mit dem Ziel des Abrisses des Hotelgebäudes ein. **Eine Diskussion über die Zulässigkeit einer Umgestaltung des Hotelgebäudes oder dessen räumliche Verlagerung ist frühestens dann zu führen, wenn der Eigentümer das Hotel im derzeitigen baulichen Zustand nicht mehr weiter betreiben möchte.**

Die Verwaltung wird beauftragt, zunächst die Maßnahmen der Stufen 1 und 2 des Masterplans Lustgarten (Teilflächen A, D und F sowie C) dahingehend weiter zu präzisieren und zu klären, ob und wie eine Aufnahme in den Umsetzungsplan der Sanierungsmaßnahme Potsdamer Mitte die Bestätigung des Fördermittelgebers erlangen kann. Bis zur Vorlage der Ergebnisse bleibt der Finanzierungsvorbehalt der Beschlussfassung zur DS 16/SVV/0053 ausdrücklich bestehen.



Minister Stefan Ludwig und Staatssekretär Dr. Ronald Pinkny zur Eröffnung der Justizministerkonferenz



Der Whistleblower Brandon Bryant (l.) war im Frühjahr 2016 Gast der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Babelsberg

Whistleblower besser schützen

Unter jährlich wechselndem Vorsitz eines Bundeslandes finden jeweils im Frühjahr und im Herbst Konferenzen der Justizministerinnen und Justizminister statt. Im Jahr 2016 hat Brandenburg nach 16 Jahren wieder den Vorsitz der nun 87. Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister übernommen. Die Frühjahrskonferenz der Justizministerinnen und Justizminister der Länder fand am 1. und 2. Juni 2016 in Nauen statt. Auf dieses Ereignis wies der brandenburgische Justizminister Stefan Ludwig (DIE LINKE) in einer Talkrunde auf dem Potsdamer linken Sommerfest 2016 hin.

Auch beim besseren Schutz von Whistleblowern seien die Brandenburger Vorschläge während der Konferenz auf offene Ohren gestoßen. „Whistleblower leisten der Gesellschaft mit ihrem Engagement und Zivilcourage wichtige Dienste. Deswegen freue ich mich über die Entscheidung der Länder hier für besseren Schutz im Rahmen eines Gesetzes sorgen zu wollen. Das ist ein starkes Signal und ich hoffe, dass dazu bald ein Entwurf seitens des Bundes vorliegen wird“, sagte Ludwig. Stefan Ludwig erwartet deshalb von der Bun-

desregierung, dass sie sich endlich dieses für den investigativen Journalismus so wichtigen Themas annehme. Schließlich habe die Große Koalition den Whistleblowerschutz bereits im Koalitionsvertrag als politisches Anliegen verankert. Die Justizminister von Bund und Ländern hatten in Nauen Einigkeit darüber hergestellt, „dass die bestehenden Möglichkeiten zum Schutz von Hinweisgeberinnen und Hinweisgebern einer Überprüfung bedürfen“, wie es in dem Beschluss wörtlich heißt.

Menschen, die Gesetzesverstöße und Missstände im Großen und Kleinen aufdecken, müssen gesetzlich geschützt werden, forderte schon 2015 die Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Katja Kipping. „Edward Snowden oder Chelsea Manning sind prominente Namen, wenn es um Whistleblowing geht – zu Recht. Ihnen verdanken wir die Aufdeckung flächendeckender, illegaler NSA-Überwachung und Kriegsverbrechen. Sie sind moderne Helden, verdienen Anerkennung und Schutz.“, so Kipping.

Nicht immer ist Whistleblowing so groß – in den allermeisten Fällen geht es um die Aufdeckung von Gesetzesverstößen,

Misständen oder unhaltbarer Zustände in Beschäftigungsverhältnissen. Whistleblowing ist ein Akt der Zivilcourage, der leider in vielen Fällen arbeitsrechtliche Konsequenzen bis hin zum Verlust der Beschäftigung hat.

DIE LINKE fordert daher den umfassenden gesetzlichen Schutz von Menschen, die den Mut aufbringen und Informationen öffentlich machen. Sie müssen arbeitsrechtlich geschützt werden und vor „Vergeltung“ von Arbeitgeberseite sicher sein. Wir wollen, dass Whistleblowerinnen und Whistleblower vor strafrechtlicher Verfolgung geschützt sind. Veröffentlichungsplattformen, welcher Art auch immer, dürfen nicht gezwungen werden, ihre Quellen preiszugeben. Whistleblowing ist keine Denunziation und darf nicht kriminalisiert werden.

DIE LINKE schloss sich schon 2015 dem Appell des DGB an die Bundesregierung an, endlich Rahmenbedingungen zu schaffen, die Beschäftigte schützen. Deutschland habe hier im internationalen Vergleich deutlichen Nachholbedarf – die Regierung muss aktiv werden.

Die SPD überrascht immer wieder

„In Wahlkampfzeiten überrascht die SPD gern mit Vorschlägen, die sie selbst bislang immer abgelehnt hat oder die schon vor Jahren in Koalitionsverträge hineingeschrieben und dann nicht umgesetzt wurden“, kommentiert Jörn Wunderlich, familienpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, die Initiativen der SPD zur Verbesserung der Situation von Alleinerziehenden. Wunderlich weiter: „Die Forderung der SPD, den Unterhaltsvorschuss auszubauen, ist reines Wahlkampfgetöse. Seit 2006 fordert DIE LINKE die Entfristung und Anhebung der Altersgrenze auf 18 Jahre. Dies ist von der SPD stets abgelehnt worden, weil eine Entfristung des Unterhaltsvorschusses nicht finanzierbar sei oder weil aus ihrer Sicht kein ausreichendes Finanzierungskonzept vorgelegt hat.“

Auch die SPD in Brandenburg hat nun



erkannt, dass es Probleme bei den Kitas gibt und die Eltern von Kita-Kindern bei den Gebühren entlastet werden müssen. Das begrüßen wir sehr. Wir gehen davon aus, dass die Kommission nicht lange arbeiten muss. Wir werden der Kommission unsere schon lange erarbeiteten Vorschläge zur Verfügung stellen. Wir wollen eine zügige Lösung und Entscheidung. „Ich bin froh, dass der Koalitionspartner auf unsere Linie eingeschwenkt ist“, sagte unser Fraktionsvorsitzender Ralf Christoffers.

LINKE kämpft für erfolgreiche Bildungspolitik

Zu den Anfang September 2016 von Bildungsminister Baaske vorgestellten Zahlen zum neuen Schuljahr 2016/17 erklärt die bildungspolitische Sprecherin Kathrin Dannenberg: „Das neue Schuljahr steht unter positiven Vorzeichen. So gibt es erstmals ein Konzept für langes gemeinsames Lernen und ein Konzept zur Fortführung der Inklusion. Daran hat DIE LINKE maßgeblichen Anteil. So verbessern wir Qualität von Schule in unserem Land. Die Landesregierung wird diese zukunftsorientierten Maßnahmen sowohl finanziell als auch personell fördern.“

Nur durch die erneute Einstellung von Lehrkräften können Herausforderungen wie Integration von Flüchtlingskindern, Inklusion, Unterrichtsausfall oder große Klassen bewältigt werden. Daher ist es richtig, dass Rot-Rot auch in diesem Jahr dafür die Mittel bereitstellt. Die Einstellungs-



zahlen belegen, wie attraktiv der Lehrerberuf in Brandenburg ist. Umso wichtiger ist es, dass die 225 Quereinsteiger mit einer Freistellung kontinuierlich fortgebildet und betreut werden.

Zu den Herausforderungen gehört auch ein Gesundheitsmanagement für Lehrkräfte und eine Stunden-Ermäßigung für ältere Lehrkräfte. Dafür wird sich DIE LINKE weiter stark machen.

Politik braucht viel mehr Frauen

Am 15. September nahm ich am zweiten von insgesamt drei Paritätsforen für mehr Teilhabe von Frauen in der Politik teil. Ein Blick auf die Zahlen zeigt, dass Frauen in politischen Positionen immer noch stark unterrepräsentiert sind. So gibt es derzeit nur 9 % Bürgermeisterinnen bundesweit. Landtage und der Bundestag kommen auf gut ein Drittel weibliche Abgeordnete. Auf der Ebene der Kommunalvertretungen sind nur 25 % weiblich. Werden die Führungsetagen der Wirtschaft zunehmend mit Frauen besetzt, hängen politische Gremien hinterher. Auf dem Forum konnten wir uns mit den Ursachen dessen und Lösungsmöglichkeiten auseinandersetzen.

Dass strukturelle Bedingungen Frauen nach wie vor an politischer Teilhabe hindern, ist empörend, wenngleich nicht verwunderlich. Zeit für ein politisches Ehrenamt oder Mandat hat nur, wer es sich auch leisten kann – die anhaltende Lohnungerechtigkeit zwischen den Geschlechtern ist aber nur eine von vielen Ursachen. Zu Hindernissen gehört daher auch, wie Politik gemacht wird, z.B. die öfters späten Zeiten von Versammlungen oder auch das Fehlen von Kinderbetreuung.

Dennoch zeigen z.B. quotierte Kommunalwahllisten in Frankreich einen erhöhten Frauenanteil in den gewählten Vertretungen, aber auch Mentoringprogramme in Niedersachsen waren schon erfolgreich. Für DIE LINKE, die per Satzung eine Quotierung von Wahllisten verankert hat, ist das durchaus eine Bestätigung. Trotzdem können wir uns nicht darauf ausruhen, denn die Zahlen in ihrer Gesamtheit belehren uns nach wie vor eines Besseren. Politik braucht Frauen wie Männer gleichermaßen und wir müssen uns auf die Suche auch geeigneten Instrumenten begeben, gesamtgesellschaftlich mehr zu erreichen. Innerhalb unserer eigenen Partei sollten wir außerdem überprüfen, ob die Art und Weise, wie wir uns organisieren, die Teilhabe insbesondere für Frauen noch erleichtern kann.

Gesine Dannenberg, Stadtverordnete für DIE LINKE.Potsdam

Ohne Ehrenamtliche geht nix

Ehrenamtspreis 2016 in der Landeshauptstadt verliehen/Arbeit im Ehrenamt erleichtern

Was hält die Stadt in ihrem Inneren zusammen? Es sind die Menschen, die tagtäglich ihre Zeit damit verbringen, unentgeltlich und ehrenamtlich zum Wohle des Gemeinwesens zu arbeiten. Die schnell und unbürokratisch helfen, Probleme lösen, Wissen vermitteln und sich ihren Mitmenschen annehmen. Sie sind dort, wo sich die öffentliche Hand zurückgezogen hat. Immer mehr teilen ihre freie Zeit, um mitzumachen und Verantwortung zu übernehmen. Dieses Engagement halte die Gesellschaft zusammen und ist ein zentraler Pfeiler unserer Demokratie.

Der Preis würdigt die vielfältigen Engagements und Freiwilligentätigkeiten von Potsdamerinnen und Potsdamern, die sich in ihrer Stadt für die Belange Anderer einsetzen und dafür unentgeltlich ihre Zeit und ihre Kraft investieren, die, die sich ehrenamtlich für die Entwicklung des Gemeinwesens engagieren.

Ohne dieses ehrenamtliche Engagement vieler würde das städtische Gemeinwesen nicht so funktionieren, wie es sich über die Jahre entwickelt hat. Viele gesellschaft-

liche Bereiche wie der Sport, die Senioren- und Jugendarbeit, die Arbeit mit Flüchtlingen und auch die Stadtteilarbeit werden wesentlich vom Ehrenamt getragen.

Eine Auszeichnung und ein paar Blumen sowie ein schöner Abend sind eine gute



Den Ehrenamtspreis für das Wirken gegen Ausgrenzung und für Toleranz, Welcome Dinner Potsdam, erhielten Martina und Günther Kruse. Beide waren auch auf dem Toleranzfest und berichteten über ihr Begegnungscafé

Sache, es ist aber an der Zeit, die Anerkennung der ehrenamtlichen Leistungen auf höherem Niveau zu etablieren.

Neben der öffentlichen Anerkennung und Danksagung für das geleistete Engagement könnten Gewinner zum Beispiel den städtischen ÖPNV ein Jahr lang kostenlos nutzen. Dafür bietet sich das Jahresticket Potsdam AB der VIP Verkehrsbetriebe Potsdam GmbH an. Dieses ist mit jährlich 380,20 Euro zu beziffern. Damit wird die Arbeit im Ehrenamt erleichtert und auch öffentlich aufgewertet.

Das freiwillige Engagement ist in den vergangenen Jahren verstärkt in das Blickfeld von Politik und Gesellschaft gerückt. Es stellt auch zukünftig eine wichtige Stütze für den Zusammenhalt der Gesellschaft dar. In diesem Bewusstsein sollte die Stadt Potsdam ihre Unterstützung bei der Entwicklung des freiwilligen Engagements auf lokaler Ebene ausbauen.

Hier finden sie die Preisträger des Potsdamer Ehrenamtspreises 2016: <https://www.potsdam.de/582-ehrenamtspreis-der-landeshauptstadt-verliehen>

„Ein Besen für mutige Frauen“

Das Frauenzentrum Potsdam ehrt seit 1994 Frauen mit dem Hexenbesen, die sich besonders für Frauen- und Kinderrechte stark machen. Eine der ersten Preisträgerinnen war die Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen, Dr. Regine Hildebrandt.

Ein Besen als Preis für Frauen? Ja, denn er symbolisiert die Kraft, gesellschaftliche Missstände zu beseitigen. Er erinnert an die Opfer der Hexenverfolgung und ist heute ein Zeichen des Kampfes gegen die weltweit verbreitete häusliche Gewalt an Frauen und Kindern.

Jeanette Toussaint gibt in der nunmehr dritten Veröffentlichung des Autonomen Frauenzentrums Potsdam – vorgestellt am



28. September in der Landeszentrale für Politische Bildung - Einblicke in das Leben und Wirken von 27 Preisträgerinnen. An-

geregt von ihren Geschichten, folgt die Autorin dem langen Weg zu Gleichberechtigung und Emanzipation in Deutschland: 1919 ziehen die ersten Frauen ins Potsdamer Stadtparlament ein. Die weibliche Kriminalpolizei in Preußen nimmt 1926 ihre Arbeit auf. Und 1958 stehen die ersten Pfarrerinnen auf der Kanzel.

Ein spannender Abend mit Rückblicken in die Geschichte – sowohl des Frauenzentrums als auch des langen Weges zur Gleichberechtigung und Emanzipation in Deutschland. Ergänzend zur Lesung von Auszügen aus dem Buch wurden Ausschnitte aus dem Film „Die weibliche Polizei“ (Bohner-Film Dresden) von 1928 gezeigt.

Bundesregierung verzögert Ost-West-Rentenangleichung

Die Angleichung der Renten in Ost- und Westdeutschland steht im Koalitionsvertrag und ist 27 Jahre nach dem Mauerfall längst überfällig. Die Menschen im Osten haben endlich eine Anerkennung ihrer Lebensleistung verdient, dennoch schiebt die Bundesregierung dieses wichtige Projekt weiter ergebnislos vor sich her, erklärt Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE. Sie erklärt weiter: „Die Union hadert mit der Rentenangleichung und bricht damit den Koalitionsvertrag. CDU-Finanzminister Schäuble will für eine mögliche Angleichung schon wieder in die Rentenkasse greifen, wie bei

der Mütterrente. Arbeitsministerin Nahles beharrt auf einer Finanzierung aus Steuermitteln, ist aber bereit die Angleichung weiter zu verschieben. Sie will die Umrechnung – die fälschlicherweise Höherwertung genannt wird - abschaffen, ohne etwas gegen die Lohndiskriminierung im Osten zu unternehmen. Dabei bestehen nach 27 Jahren weiterhin skandalöse Lohnunterschiede, die durch nichts zu rechtfertigen sind. Dagegen helfen nur eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro und eine stärkere Tarifbindung.

Ostdeutsche werden bei der Rente nicht

besser bewertet als Westdeutsche, sondern sie werden weiterhin doppelt diskriminiert: Neben den niedrigeren Löhnen bestehen weiter unterschiedliche Rentenwerte. 27 Jahre nach dem Mauerfall werden selbst Kindererziehungszeiten unterschiedlich bewertet.

Es gibt keinen zwingenden Zusammenhang zwischen dem Wegfall der Umrechnung und gleichen Rentenwerten. Denn gleiche Rentenwerte bedeuten, dass bei der Rente gleiche Arbeit gleich viel wert ist. Die Umrechnung gleicht nur die Lohnunterschiede zwischen Ost und West aus.“

„Potsdam bleibt bunt“ mit Ente Agathe und Co.

In guter Tradition: 9. Potsdamer Fest für Toleranz auf dem Babelsberger Weberplatz

Der Regen hatte am Vormittag die Aufbauarbeiten etwas verzögert. Gegen Mittag war das Nass von oben weg. Die Uhr am Turm der Friedrichskirche auf dem traditionsreichen Babelsberger Weberplatz zeigte 13.15 Uhr. Und schon starteten mit einer Viertelstunde „Verspätung“ die Mädchen und Jungen der Potsdamer Sambatrommler-Gruppe „Sexta Feira“ mit ihrem typischen schwungvollen Auftakt: Das 9. Potsdamer Fest für Toleranz begann im alten „Nowawes“.

Trotz des als „wechselhaft“ angekündigten Wetters war der Platz im Zentrum Babelsbergs wieder gut besucht. Und das breitgefächerte Programm – moderiert von Susanne Tockan (RBB-TV) – hatte es in sich. Das Bündnis „Potsdam! bekennt Farbe“ stellte sich mit seinen 33 Mitgliedern vor. Darüber hinaus luden Vereine und Initiativen zum Kennenlernen ein. Ehrenamtliche Initiativen zur Unterstützung von geflüchteten Menschen und Träger von Flüchtlingsunterbringungen baten zum Dialog über aktuelle Entwicklungen und Tendenzen. Vorgestellt wurden Ideen und Projekte, die helfen Grenzen zu überwinden und das Zusammenleben Geflüchteter, Migranten und alteingesessener PotsdamerInnen gemeinsam zu gestalten.

Unverzichtbar war auch 2016 „Ente Agathe“, die der Stadtjugendring Potsdam e.V. „einfliegen ließ“. Hüpfburg und Spielmobil waren ebenso dabei. Weitere Kreativangebote des Lindenparks für Kinder sorgten für Abwechslung. Traditionell stellten wieder Potsdamer Graffiti-KünstlerInnen ihr Können unter Beweis. Der Kinderkieztreff SPRÖZL Babelsberg druckte die in Babelsberg bekannten „You are welcome“-Motive auf Stoff-Karo's oder mitgebrachte T-Shirts. Der Berlin Brandenburgische Auslands-Gesellschaft e.V. und Europe Direct Potsdam luden zum Europa-Malwettbewerb ein.

Die bereits aus den Vorjahren bekannte Gemüseschnitzerin des Friedrich-Reinshaus vom Schlaatz gab wieder gern Anleitung zum Verschönern von Möhre & Co.

Wieder mit dabei waren die Potsdamer Breakdancer breakLife PDM mit Vule und seinen Freunden. Ebenso die aus den Vorjahren allseits bekannte Tanzgruppe „Das fantastische Dutzend“ vom Verein Lebenshilfe.

Die Evangelische Kirchengemeinde Babelsberg gestaltete einen eigenen Block mit Flüchtlingspfarrer Bernhard Fricke, der über seine Arbeit Auskunft gab, mit der syrischen Tanzgruppe „Mosaikstein“, mit der Babelsberger Kantorei und dem Ehepaar Martina und Günther Kruse, die von ihren Erlebnissen und Erfahrungen rund um das Begegnungscafé berichteten. Gespannt waren die Besucherinnen und



LINKE Stadtverordnete wie Gesine Dannenberg und Sascha Krämer waren ebenfalls auf dem Weberplatz dabei.



„Sexta Feira“ trommelten sich wieder „die Seele aus dem Leib“



Mit „syrischem Pfeffer“ in den Beinen...



Die Tanzgruppe „Das fantastische Dutzend“

Besucher auf den Elternchor der evangelischen Grundschule Babelsberg „Mamas and some Papas“, der eine Kostprobe des Repertoires gab. Im weiteren Programmverlauf waren die Trommlergruppe des nigerianischen Kulturvereins Nzuko Ndi Igbo, der Babelsberger Gospelchor „Gospellig“, Bauch- und Steptanz zu erleben.

In direkter Nachbarschaft zum Fest zeigte die Gemeinde in der Friedrichskirche die Ausstellung „Kinder, wie die Zeit vergeht!“ – 90 Jahre Kindergarten. Besucherinnen und Besucher konnten ab 14.30 Uhr Orgelklängen lauschen.

Und schließlich organisierten der SV Babelsberg 03 e.V. und der SV Concordia Nowawes 06 e.V. ein Straßenfußballturnier

für Toleranz. Zum Abschluss des Festes spielte die Potsdamer Band Folkadelik, die bereits beim Toleranzfest 2012 dabei war.

Alles in allem war das 9. Toleranzfest unter dem Motto „We are united – Potsdam bleibt bunt!“ wieder ein abwechslungsreiches Fest. Das Toleranzfest war und ist eine Bereicherung für die Stadt und hinterlässt nur positive Eindrücke – die so wohlthuend nach den Bildern von Bautzen sind. Potsdam ist eben anders. Vielfältig, bunt, offen und tolerant. Das ist einer starken Bürgergesellschaft, aktiven Parteien und einer Stadtschicht, die sich dies zur Aufgabe gemacht hat, zu verdanken.

Mit Spannung können wir auf das 10. Fest in 2017 hoffen.

www.potsdam-bekannt-farbe.de

Verantwortung für den Frieden übernehmen

Deutschland befindet sich im Krieg, fast überall auf der Welt. Deutsche Konzerne exportieren Waffen in alle Welt. Die deutsche Bundesregierung rüstet massiv auf.

Die aktuellen Kriege und die militärische Konfrontation gegen Russland besorgen uns als LINKE sehr und motivieren uns einmal mehr auf die Straße zu gehen.

Begründet als Kriege gegen den Terror, holen diese Kriege den Terror nach Europa und Deutschland. Denn mit Krieg kann niemals Terror wirksam bekämpft werden, im Gegenteil: Krieg ist Terror und Kriege erzeugen neuen Terror.

Der Bundesregierung ist Aufrüstung wichtiger als die Armut und Perspektivlosigkeit der Menschen im eigenen Land. Für die nächsten Jahre sind gewaltige Aufwüchse im deutschen Rüstungsetat zu erwarten, um das von der NATO festgelegte Finanzierungsziel zu erfüllen. Das bedeutet, dass Geld an anderen Ecken und Enden fehlen wird.

Wer Fluchtursachen bekämpfen will, muss Waffenexporte verbieten und Militäreinsätze beenden. Verantwortung für den Frieden heißt Auslandseinsätze, Aufrüstung und die Militarisierung der deutschen Außenpolitik stoppen. Menschen, die gegen Rassismus, Gewalt, Krieg und Kriegsdrohungen, gegen Militarismus und Aufrüstung kämpfen wollen, sollten die Gelegenheit ergreifen zu einer bundesweit unüberhörbaren großen Friedensdemonstration am 8.10.2016 in Berlin zu gehen.

Dietmar Bartsch, Sahra Wagenknecht, Wolfgang Gehrcke, Christine Buchholz, Matthias W. Birkwald, Eva Bulling-Schröter, Diether Dehm, Inge Höger, Andrej Hunko, Ulla Jelpke, Jutta Krellmann, Sabine Leidig, Gesine Lötzsch, Alexander Neu, Harald Petzold, Azize Tank, Axel Troost, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Hubertus Zdebel, Pia Zimmermann

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Gedenktafeln in Potsdam

Wie viele und welche Gedenktafeln, -steine und Stelen gab bzw. gibt es in Potsdam? Diese Frage beantworten erstmals die beiden Autoren Kurt Baller und Siegfried Lück in ihrem Buch „Gedenktafeln, -steine und Stelen in Potsdam“, das am 08. September in der Stadt- und Landesbibliothek vorgestellt wurde. Um es vorweg zu nehmen, die etwa 50 Gäste der Präsentation waren begeistert.



„Das Enthüllen und Entfernen von Gedenktafeln für Personen der Geschichte, für Ereignisse, Bauwerke oder Institutionen“, so Kurt Baller, „hängt von den jeweiligen politischen Verhältnissen ab. Doch konnten wir in Potsdam 267 solche Orte des Gedenkens nachweisen. Von Adenauer über Tamara Bunke und Theodor Storm bis hin zu den Zwangsarbeitern während

der NS-Zeit. Wir glauben, dass mit diesem Buch die Potsdamer Geschichte auf eine völlig neue Art illustriert wird.“

Zu jeder Tafel, jedem Stein, jeder Stele gibt es einen informativen Text und – wenn noch vorhanden – ein oder mehrere Fotos.

Das Buch ist für 16,50 Euro im Internationalen Buch, Friedrich-Ebert-Straße, erhältlich.



Otto Heinrich, Rummel auf dem zerstörten Lustgarten in Potsdam, 1951, Potsdam Museum © Potsdam Museum



Peter Weiss, Selbstporträt, 1938 Privatbesitz © VG Bild-Kunst, Bonn 2016, Foto: Hans Dambruch

Sonderausstellungen im Potsdam-Museum

Seit dem 17. September präsentiert das Potsdam Museum zwei Sonderausstellungen: Peter Weiss – „inmitten meiner Bilder“ und „Fokus Sammlung Potsdam in der Grafik von 1945 bis 2000“.

Peter Weiss – „inmitten meiner Bilder“
Als Peter Weiss 1962 die letzten Collagen zu „Abschied von den Eltern“ angefertigt, endete für ihn ein Lebens- und Werkabschnitt, der von visuellen Bildern dominiert war. Wenigen ist heute jedoch bekannt, dass der zu Weltruhm gelangte Autor und Dramatiker bis zu diesem Zeitpunkt seinen künstlerischen Ausdruck in der Malerei und Grafik entfaltete. Der 1916 in Nowawes, dem heutigen Potsdam/Babelsberg, geborene Freigeist spürte früh das innere Bestreben, seine unmittelbare Gegenwart mit Bildern zu deuten und darzustellen. Von 1934 bis 1939 entstanden sowohl die gezeigten illustrierten Manuskripte und

Typoskripte als auch die gezeigten Selbstporträts, in denen Weiss sein Dasein als Maler und Einzelgänger reflektierte.

Fokus Sammlung „Potsdam in der Grafik von 1945 bis 2000“

Für die aktuelle Sammlungsschau „Potsdam in der Grafik“ rückt der Grafikbestand des Museums in den Vordergrund. Die Präsentation in der Reihe „Fokus Sammlung“ vereint 115 Werke von 30 KünstlerInnen und ist in fünf thematische Sektionen gegliedert. Viele Arbeiten, u. a. Aquarelle und Pastelle von Karl Höfer, Hans-Joachim Biedermann, Manfred Nitsche, Christian Heinze, Barbara und Karl Raetsch, Wolfgang Liebert und Peter Rohn sowie Peter Panzner werden hier erstmalig der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Sonderausstellungen laufen bis zum 30. Oktober 2016.

LINKE-Kreisgeschäftsstelle ist umgezogen

Die Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE.Potsdam ist per 01. Oktober 2016 von der Dortustraße in die Zeppelinstraße umgezogen.

Die neue postalische Adresse lautet:

DIE LINKE.Potsdam Kreisgeschäftsstelle
Zeppelinstraße 07/Ecke Lennestraße
14471 Potsdam

Zum Redaktionsschluss liefen noch Umbauarbeiten. Die bisherigen Öffnungszeiten sollen zukünftig erhalten bleiben.

Derzeit ist die Geschäftsstelle dienstags von 10.00 – 17.00 Uhr (Kassenzeiten) geöffnet.

Sonstige Kontaktdaten bleiben:

Tel.: 0331 58392444
Fax: 0331 58398652
E-Mail: info@dielinke-potsdam.de

Weitere Informationen unter: <http://www.facebook.com/DIELINKE.Potsdam> und in der November-Ausgabe 2016 von „Potsdams andere Seiten“.

9	6					5	2
			2		3		
	7	3				1	4
1				9			5
			6		7		
4				2			1
	3	4				6	1
			4		9		
8	9						2 3

SUDOKU

Auflösung September

4	8	7	1	9	2	6	3	5
1	5	6	3	8	4	2	9	7
9	2	3	7	5	6	8	4	1
3	4	1	8	6	7	5	2	9
2	6	5	4	1	9	3	7	8
8	7	9	2	3	5	4	1	6
6	9	2	5	4	1	7	8	3
5	3	4	9	7	8	1	6	2
7	1	8	6	2	3	9	5	4

tips & termine • tips & termine • tips & termine • tips & termine • tips & termine

Donnerstag, 06.10. bis Sonnabend, 08.10.2016:
„Ermittlungen - 100 Jahre Peter Weiss“ - Symposium in Zusammenarbeit mit der Internationalen Peter-Weiss-Gesellschaft und dem Potsdam Museum – Forum für Kunst und Geschichte. Potsdam Museum - Forum für Kunst und Geschichte, Potsdam, Am Alten Markt 9, 14467 Potsdam

Mittwoch, 12.10.2016, 19.00 Uhr:
Wie funktioniert Kapitalismus? Erste Veranstaltung in der Seminarreihe „Kapitalismus verstehen“. Mit Markus Dunkel (Ökonom, Berlin), Marco Christian Wiese (Neuruppin). Im „freiLand“ e. V. Potsdam, Friedrich-Engels-Straße.

Donnerstag, 13.10.2016, 18.00 Uhr: Karte Der Krieg in Syrien: Wer gegen wen, in wessen Namen und mit wessen Waffen? Mit Karin Leukefeld (freie Korrespondentin zum Mittleren Osten, Damaskus) RLS Brandenburg, Potsdam, Dortustraße 53.

Donnerstag, 13.10.2016, ab 17.00 Uhr:
Bürgersprechstunde mit Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg im Bürgerbüro Galileistr. 37/39.

Freitag, 14.10.2016, 14.00 Uhr:
„Apfelfest Am Stern“. Im Bürgerhaus „Stern*Zeichen“

Freitag, 21.10.2016, 10.00 bis 18.00 Uhr:
20. Potsdamer Kolloquium (eintägige Fachtagung) zum Thema „Der Nahe Osten und Europa – Probleme und Herausforderungen einer komplizierten Nachbarschaft“. Eine Veranstaltung der RLS Brandenburg in Kooperation mit „Welt-Trends – Das außenpolitische Journal“, Potsdam und dem Verband für Internationale Politik und Völkerrecht e.V., Berlin (VIP) sowie der Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft (BBAG). Ort: 14467 Haus der Brandenburgisch-Preussischen Geschichte, Am Neuen Markt 9. Anmeldung bis zum 14. Oktober.

Sonntag, 23.10.2016, 10.00 Uhr:
Sonntagsbrunch im „Stern*Zeichen“

Mittwoch, 26.10.2016, 15.00 Uhr:
Reisebericht von Wolf Beyer „Dubai und Oman“ im „Stern*Zeichen“

Sonnabend, 29.10.2016, 19.00 Uhr:
Kabarett Gisela Oechelhaeuser „Selber Schuld“ im „Stern*Zeichen“